

Reisebericht Mali

(07.- 08. März 2023)

Direkt im Anschluss an Nouakchott besuchte ich Bamako. Das war nach 2013, 2019 und 2022 mein inzwischen vierter Aufenthalt in Mali. Mir war es wichtig, mir nach meinem Besuch im letzten Februar einen eigenen Eindruck von der politischen Transition, dem Friedensprozess und der Sicherheitslage vor Ort zu machen. Denn die nächsten Monate werden entscheidend dabei sein, ob Mali absehbar wieder zu einer demokratischen Ordnung zurückkehrt.

Die malische Übergangsregierung, die seit einem Putsch im Frühjahr 2021 an der Macht ist, hat sich dazu verpflichtet, bis 2024 Wahlen abzuhalten. Als Grundlage für die Regional-, Parlaments-, und Präsidentschaftswahlen wurde eine neue Verfassung erarbeitet, die eigentlich in einem Referendum am 19.3. zur Wahl gestellt werden sollte. Das Referendum wurde inzwischen jedoch verschoben. Ein Ziel meines Besuches war es, einen Eindruck von dem Vorankommen der Transition zu bekommen.

Ein weiterer wichtiger Grund meines Besuchs war der Austausch mit der malischen Regierung zur Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA). Wir haben als Bundesregierung beschlossen, den Einsatz der Bundeswehr bei MINUSMA zum Mai 2024 strukturiert auslaufen zu lassen. Bis dahin muss aber sichergestellt sein, dass die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten gewährleistet ist und sie ihr Mandat auch tatsächlich erfüllen können. Dafür muss die malische Regierung entsprechende Rahmenbedingungen garantieren.

Nach meiner Ankunft in Bamako traf ich zunächst die stellvertretende Leiterin der zivilen EU-Mission EUCAP, Maja Sverdrup. Das Ziel der Mission ist es, die Ausbildung der malischen Sicherheitskräfte zu unterstützen. Pro Jahr werden 3500 Polizisten trainiert. Seit 2014 haben ca. 16.000 Polizistinnen und Polizisten ein Training erhalten. EUCAP begleitet darüber hinaus auch die Vorbereitungen der Wahlen. Beispielsweise leistet die Mission Trainings zur Sicherung von Wahllokalen und zu Krisenmanagement. Daher war das Gespräch für mich auch sehr nützlich, um mir einen objektiven Eindruck vom Stand der Wahlvorbereitungen zu machen. In der Tat spricht vieles dafür, dass die Vorbereitungen ernsthaft vorangetrieben werden. Ein wichtiger Schritt in diesem Zusammenhang ist die kürzlich erfolgte Schaffung neu zugeschnittener Landkreise, besonders im Norden Malis.

Bei dem Gespräch wurde noch einmal deutlich, was für eine zentrale Arbeit EUCAP leistet. Es ist wichtig, dass wir als EU und auch als Deutschland sicherstellen, dass solche zivilen Missionen genügend Personal haben, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Auch durch das komplizierte europäische Sekundierungssystem ist das häufig nicht ganz einfach. Auch bei EUCAP sind derzeit viele Stellen unbesetzt.

Anschließend traf ich den stellvertretenden Leiter von MINUSMA, Alain Noudéhou, sowie Botschafterinnen und Botschafter anderer EU-Staaten und weiterer Partner. MINUSMA spielt weiterhin eine zentrale Rolle für die Stabilität des Landes. Ohne die Mission könnten wir auch unser ziviles Engagement nicht mehr in derselben Weise fortführen. Auch für die Unterstützung der Umsetzung des Friedensabkommens von Algiers spielt MINUSMA eine zentrale Rolle. Die deutsche Entscheidung, noch bis 2024 mit der Bundeswehr in Mali präsent zu bleiben, wird daher von allen unseren Partnern sehr geschätzt. Alle meine Gesprächspartner waren sich außerdem einig, dass wir uns gemeinsam eng abstimmen sollten, wie und unter welchen Umständen wir Mali weiter unterstützen können.

Am zweiten Tag meines Aufenthalts tauschte ich mich mit Expertinnen und Experten unterschiedlicher deutscher Institutionen zur aktuellen Sicherheitslage in Mali aus. Diese ist in vielen Regionen des Landes weiter sehr schlecht. Die Zahl der Binnenflüchtlinge steigt weiter an, da die Zivilbevölkerung in die Städte flieht, wo die Sicherheit noch am größten ist. Um Gao herum haben sich immer mehr Binnenflüchtlinge in Camps niedergelassen. Für sie ist MINUSMA der einzige Schutz. Die Bundeswehr leistet dort daher weiter einen sehr konkreten Beitrag für die Sicherheit der Menschen. In der weiteren Umgebung von Gao ist es zuletzt etwas ruhiger geworden. Das liegt allerdings vor allem daran, dass die Menschen bereits weitgehend geflüchtet und weite Teile der Fläche entvölkert sind.

Die islamistischen Terrororganisationen IS und JNIM, die in wechselnden Allianzen agieren, breiten sich weiter aus. Vor diesem Hintergrund wäre eine engere Kooperation zwischen MINUSMA und der malischen Armee eigentlich unabdingbar. Die Bundeswehr leistet auch weiterhin eine wichtige Arbeit, auch wenn sie ihren Operationsradius verkleinern musste. Auch unser Engagement im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und Stabilisierung ist weiter von erheblicher Bedeutung. Deutschland unterstützt – auch mit Büros in der Breite des Landes – unter anderem die Entwicklung lokaler dezentraler Strukturen, die gerade für den Friedensprozess sehr wichtig sind.

Ein Termin, der mich besonders gefreut hat, war der Besuch der École de la Maintien de la Paix (EMP). Ich wollte die Schule schon lange besuchen. Sie bildet seit 2007 als eine von insgesamt 6 vergleichbaren Schulen in Afrika ziviles, polizeiliches und militärisches Personal aus afrikanischen Staaten für Einsätze in Friedensmissionen fort. Insgesamt bietet sie 34 Kurse von jeweils unterschiedlicher Dauer an, davon maximal 8 Kurse und Praktika parallel, teilweise auch in Institutionen außerhalb der Schule. Inzwischen gibt es knapp 45.000 Alumni, die bereits einen Kurs an der Schule absolviert haben. Deutschland fördert die EMP 2023 mit einem Gesamtbudget von 3 Mio. EUR.

Der Generaldirektor und sein Leitungsteam erläuterten mir zunächst die Ausbildungsinhalte und das praktische Funktionieren der Schule. Anschließend hatte ich in der Schule (zeitlich passend zum Weltfrauentag am 8.3.) einen Austausch mit Friedensaktivistinnen. Die malischen Frauen haben sich in den letzten Jahren nicht nur mehr Rechte, sondern auch eine stärkere Rolle im innermalischen Friedensprozess erkämpft. Das Treffen hat für mich noch einmal gezeigt, wie wichtig es ist, im Rahmen unserer Feministischen Außenpolitik solche Initiativen zu stärken, miteinander zu vernetzen und somit dazu beizutragen, dass sich Frauen gleichberechtigt für Frieden und Sicherheit einsetzen können.

Bei meinem anschließenden Gespräch mit der Zivilgesellschaft stand die Diskussion über den Verfassungsentwurf sowie den Transitionsprozess im Mittelpunkt. Umstritten im aktuellen Verfassungsentwurf ist unter anderem die Definition Malis als laizistischer Staat. Religiöse Gruppen sehen darin eine Gefahr für die islamische Identität Malis. Es gibt auch Stimmen, die der Meinung sind, eine neue Verfassung sei überhaupt nicht nötig. Wahlen könnten auch auf der Grundlage der alten Verfassung stattfinden. Auch die Legitimität der Verfassungskommission ist umstritten.

Am Ende meiner Reise traf ich schließlich zwei Vertreter der malischen Regierung. Die Gespräche zur militärischen Zusammenarbeit und der weltpolitischen Lage waren durchaus kontrovers, aber notwendig. Selbstverständlich spielte dabei auch die Entscheidung Malis, als eines von nur fünf Ländern weltweit in der VN-Generalversammlung gegen eine Verurteilung des russischen Angriffskriegs zu stimmen, in meinen Gesprächen eine Rolle.

Im Gespräch mit Versöhnungsminister Wagué ging es darüber hinaus vor allem um den innermalischen Friedensprozess. Im Jahr 2015 wurde zwischen der Zentralregierung und damals wesentlichen Rebellengruppen des Nordens ein Friedensabkommen geschlossen („Friedensabkommen von

Algier“). Das Abkommen hat eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung und Dezentralisierung des von Tuareg besiedelten Norden des Landes zum Ziel. Außerdem sollen die Tuareg-Milizen in die regulären Sicherheitskräfte integriert oder demobilisiert werden. Die Umsetzung des Abkommens ist bis heute nicht abgeschlossen. Kurz vor meiner Reise kündigten die maßgeblichen Verhandlungsgruppen an, nicht mehr an den Sitzungen der Umsetzungsgremien des Friedensabkommens teilzunehmen. Sie drohten sogar mit einem kompletten Austritt aus dem Abkommen. Ein Ende des Friedensabkommens hätte katastrophale Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Land.

Im Gespräch mit Territorialminister Maiga, den ich schon bei meinem letzten Besuch gesprochen hatte, ging es neben der globalpolitischen Lage vor allem um die Transition und den Fahrplan für die Wahlen. Die Verfassungskommission hat nun ihre Arbeit abgeschlossen und einen Verfassungsentwurf vorgestellt. Jetzt ist es wichtig, dass der Verfassungsprozess rasch abgeschlossen wird, damit bald Wahlen stattfinden können.

Am Ende meiner Reise ist für mich klar: Wir dürfen und werden die Menschen in Mali auch nach dem Abzug der Bundeswehr aus MINUSMA 2024 nicht allein lassen. Deutschland hat seit 2013 über 4 Mrd. EUR an Unterstützung für Mali geleistet: für militärische Unterstützung, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Stabilisierung. Aber klar ist auch, dass es auch an der malischen Regierung liegt zu entscheiden, mit welchen Partnern sie in Zukunft zusammenarbeiten möchte. Ich jedenfalls wünsche den Menschen dieses wunderbaren Landes, dass sie endlich wieder eine Perspektive auf Frieden und Sicherheit in ihrer Heimat bekommen.